

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 17. Sitzung des Bauausschusses

vom: **24.08.2022**

von: **17:00 Uhr**

bis: **18:32 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Bauausschuss:

Stv Klein, Marc	- als Vorsitzender
Stv Boller, Joachim	vertritt Cziba, Ansgar
Stv Christian, Thomas	
AM Dietrich, Erik	
Stv Dil, Yilmaz	
AM Grund, Annegret	vertritt Lohmeier, Heinz Werner
AM Hellwig, Raimund	
Stv Heupel, Rüdiger	
AM Krämer, Hartmut	
Stv Pfeifer, Joachim	
Stv Reifenrath, Frank	
AM Schneider, Rainer	vertritt ab 17:10 Uhr Stv Grisse, Robert
Stv Schulz, Jürgen	
Stv Schwarzer, Michael	
AM Uhlendorf, Jens	
AM Yousuf, Himat	

Beratende Mitglieder:

AM Katz, Heike	
Stv Langer, Günther	vertritt Grisse, Robert von 17.00 Uhr bis 17.09 Uhr

Aufgrund besonderer Einladung

Herr Alexander Kremer zu TOP 2 bis 17.45 Uhr
Herr Prof. Philipp Teufel zu TOP 2 bis 17.45 Uhr

Als Zuhörer:

Stv Langer, Günther ab 17.10 Uhr bis 17.32

Von der Verwaltung:

StBR Schumann
Städt. OVR Diehl - bis 17.58 Uhr
Städt. BD Schreiber
VA Meyer
VA Krippendorf
Inspektoranwärterin Petersen Auszubildende Büro BM
VA Mockenhaupt - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Cziba, Ansgar vertreten durch Stv Boller, Joachim
Stv Grisse, Robert vertreten durch Stv Langer, Günther und AM Schneider
AM Lohmeier, Heinz Werner vertreten durch AM Grund, Annegret
AM Mäckeler, Bernd
AM Özcan, Kürsat

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siege überein, den Tagesordnungspunkt 4 – Bebauungsplan 459 „Gartencenter Kremer“ vorzuziehen und als Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln.

1. Hinweise zu Niederschriften**1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 18.05.2022**

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

17. BA 24.08.2022

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 28.06.2022

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

17. BA 24.08.2022

1.3 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 17.08.2022

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

17. BA 24.08.2022

2. **Bebauungsplan Nr. 459 „Gartencenter Kremer“ und 108. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen-Mitte;**
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
- Vorbereitung der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB

Vorlage Nr. VL 998/2022

Nach Vorstellung der zu diesem Punkt Anwesenden durch Herr Klein stellt Herr Prof. Teufel im Rahmen einer PowerPoint Präsentation das Konzept des Gartencenters Kremer vor.

Sich ergebende Fragen der Ausschussmitglieder werden durch die Herren Schumann und Kremer beantwortet.

Das vorgestellte Konzept sei ein „Wunschkonzept“ für die brachliegende Fläche, auch die Aufnahme der Bezeichnung „Campus“ sei positiv, so Herr Reifenrath. Aufgrund seiner Erfahrungen, welche er bei dem Besuch eines anderen Gartencenters des Familienunternehmens Kremer erlebt habe, befürworte er den Beschlussvorschlag. Die Präsentation zeige was möglich und architektonisch machbar sei.

Die Fraktion der Bündnis 90/ die Grünen sei zwar vom Konzept vorsichtig begeistert, da dieses überzeuge, sich aber im Gesamten uneinig, so Herr Boller.

Er erinnert an die Geschichte des Gebietes nach dem Abzug der Belgier und der Ausweisung als Gewerbegebiet sowie an die Klage der IHK über die zu geringen Gewerbe- und Industrie Flächen in Siegen.

Stimme man der Vorlage zu, nehme zur Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen der Druck auf die Freiflächen bzw. der zu rodenden Waldflächen zu. Dies stelle für seine Fraktion einen Zielkonflikt dar, zumal er vermute, dass es sich bei dem Grundstück um ein Spekulationsobjekt handele, was die Fraktion nicht unterstützen wolle.

Weiter thematisiert er die vorgesehenen Sonntagsöffnungszeiten und die Gastronomie, die in Konkurrenz mit der Innenstadt stehen, zweifelt die Einhaltung der 10 Prozent- Grenze für die Randsortimente an, möchte wissen, wer die neu zu errichtende Linksabbiegespur finanziert und ob es sich bei dem auf dem der Vorlage beigefügten Plan um einen weiteren Werbemast oder es sich um den der Firma Ikea handele.

Herr Christian schließt sich Herrn Reifenrath an und stellt für die SPD- Fraktion fest, dass seine Fraktion dem Konzept zustimme. Bedarf für einen Gartenbaumarkt sei vorhanden und dieses Gartencenter entspreche keinem üblichen Baumarkt. Auch gibt er zu bedenken, dass

im Falle eines Nichtzustimmens die Fläche brach liegen bleibe, da kein Eigentümer zur Errichtung eines Gewerbe- und Industriegebietes gezwungen werden könne.

Dass es einen bestehenden Bedarf für einen Gartenbaumarkt gibt, wiederholt auch Herr Dietrich. Er schließt sich aber auch Herrn Boller an und äußert Bedenken zur geplanten Kooperation mit Schulen und Kindergärten.

Herr Hellwig unterstreicht die Argumente von Herrn Boller. Die ordnungspolitischen Probleme aus der Vergangenheit und die Fehler der Stadt Siegen bei der Entwicklung dieses Gebietes würden mit einem Aufstellungsbeschluss einen Schlusstrich unter diese lange und unerfreuliche Geschichte ziehen. Das Gartencenter werde eine Bereicherung für die Universitätsstadt Siegen darstellen, aus den vorgetragenen Gründen werde er sich aber bei der Beschlussfassung enthalten.

Er merkt jedoch an, die Diskussion über die Erschließung von Gewerbe- und Industrieflächen fände noch lange kein Ende, da es immer wieder unterschiedliche Aussagen zu den Bedarfen geben werde. Er bittet um eine Auskunft zur Höhe des jetzigen Anteils der Randsortimente in den bereits vorhandenen Filialen bzw. ob die Angabe der Sortimente so einfach zu trennen seien.

Herr Stadtbaurat Schumann weist darauf hin, dass es sich beim aktuellen Beschluss um den Aufstellungsbeschluss handele, nachdem bereits ein Konzeptionsbeschluss gefasst worden sei. Der Konzeptionsbeschluss diene der Signalsendung der Politik an den Investor.

Zur Frage von Herrn Boller zur Linksabbiegespur antwortet Herr Schumann, dass bei einer derartigen Maßnahme der Vorhabenträger als Investor für die Kosten aufkomme.

Er sei sich der Geschichte des Grundstücks bewusst und bedauere, dass das Vorhaben immer wieder in die Diskussion über die Gewerbe- und Industrieflächen falle, so Herr Kremer. Er erläutert, dass Ikea aufgrund einer Richtlinie aus Schweden nicht benötigte Grundstücke ausschließlich an andere Einzelhändler verkaufen dürfe, die zusätzlich Frequenz bringen. Ein Verkauf als Industriefläche scheide somit aus.

Die Öffnungszeiten des Gartencenters orientierten sich zwar an den Bedürfnissen der Kunden, man halte sich jedoch an das Ladenöffnungsgesetz NRW. Im Rahmen dessen biete man das an, was der Kunde nachfrage. Das geplante Café stelle einen wichtigen integralen Bestandteil dar. Man müsse sich viel einfallen lassen, um die Kunden zu sich zu bringen.

Zur Finanzierung der Linksabbiegespur bestätigt er die Information von Herrn Schumann.

Das Familienunternehmen Kremer bestehe in vierter Generation seit 117 Jahren. Es gebe nur einen Ansprechpartner, da die Fa. Kremer die Grundstücke selbst entwickle, kaufe und bebaue und die Center selber betreibe. Somit komme alles aus einer Hand, es gebe kein Auseinanderdriften unterschiedlicher Interessenslagen. Es fließe sehr viel Herzblut ein und es werde nicht an der falschen Stelle gespart.

Eine Kooperation mit den Schulen sei ein Angebot, stelle aber keine Verpflichtung dar. Es werde keine Akquise an den Schulen gemacht, sondern die Schulen kämen von sich aus auf das Angebot zu.

Auf die Frage der Einhaltung des Randsortiments gibt Herr Kremer an, ihnen sei bewusst, dass die 10 Prozentgrenze nicht überschritten werden dürfe und dies sei auch nicht der Fall. Zu den innenstadtrelevanten Sortimenten zählten Schnittblumen und keine Pflanzen wie in der Presse angegeben worden sei. Pflanzen seien alles was im Topf stehe. Das Sortiment des Gartencenters sei pflanzengeprägt und daher nicht innenstadtrelevant. In der Realität müsse natürlich das Sortiment auch inszeniert und daher auch Pflanzen inspirierend angeboten werden.

Zur Frage eines zusätzlichen Werbemastes führt Herr Kremer aus, das Unternehmen habe einen hohen gestalterischen Anspruch und möchte auch keinen Werbemastwettbewerb mit Ikea starten, so dass ein solcher nicht geplant sei. Er gibt aber auch an, Werbemaßnahmen durchzuführen, aber in welcher Form und welche Größe diese praktiziert würden sei noch nicht beschlossen, man fände sicherlich eine charmante Lösung.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 459 "Gartencenter Kremer" und die 108. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen-Mitte gemäß § 2 Abs. 1 BauGB. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB auf Basis der vorgelegten Konzeption weiter vorzubereiten und zu gegebener Zeit durchzuführen.

Vorrangiges Planungsziel ist die Schaffung von Planungs- und Baurecht für die Ansiedlung des Gartencenters Kremer.

Das Plangebiet wird im Norden, Osten und Süden durch die "Wallhausenstraße" und den angrenzenden Parkplatz des IKEA Standortes Siegen und im Westen durch angrenzende Flächen, auf denen sich Regenwasserrückhaltebecken befinden, begrenzt. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst ca. 1,7 ha in der Gemarkung Siegen, Flur 13, Flurstücke 354, 355, 356, 375, 445, 447, 449, 451, 453, 454 und 471 (siehe Anlage 1 der Vorlage). Der Geltungsbereich der 108. Änderung des Flächennutzungsplanes ist ca. 2,06 ha groß und umfasst zusätzlich zu den genannten Flurstücken des Bebauungsplanes die Flurstücke 351 und 373 (jeweils teilweise), jedoch nicht die Flurstücke 445, 447 und 454 (siehe Anlage 2 der Vorlage).

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 3 dagegen (Grüne/ Volt), 2 Enthaltungen (FDP/ AfD)
17. BA 24.08.2022

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Barrierefreie Sicherung von Baustellen - Antrag der UWG- Fraktion

Vorlage Nr. AT 204/2022

Frau Schreiber nimmt wie folgt Stellung:

„Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsräumen ist ein Thema dem sich die Verwaltung schon seit 2008 annimmt. In Zusammenarbeit mit den Behindertenbeauftragten und dem Beirat der Menschen mit Behinderung konnte so ein Leitfaden „Barrierefreies Bauen im Straßenbereich der Stadt Siegen“ erstellt und am 30.05.2012 im Rat mit Vorlage Nr. 1153/2012 einstimmig als Handlungsleitlinie beschlossen werden. Diese wird bei Bedarf aktualisiert und in Zusammenarbeit mit den Behindertenbeauftragten weiterentwickelt.

Die im Antrag erkannte Notwendigkeit, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen sowie die selbstbestimmte Lebensführung zu gewährleisten, ist seit Jahren ein Anliegen der Verwaltung. Leider ist die sachbearbeitende Stelle in der Abteilung Straße und Verkehr derzeit nach wie vor unbesetzt, was 4 erfolglosen Ausschreibungen geschuldet ist.

Unvermeidbare Straßenbaumaßnahmen, aus denen in der Regel eben u.a. durch die Beachtung der Handlungsleitlinie und aktuellen DIN-Normen Verbesserungen für mobilitätseingeschränkte Personen resultieren, führen leider zu Behinderungen für alle Verkehrsteilnehmenden.

Es gibt eine 45 Seiten lange Ausarbeitung „Baustellenabsicherung im Bereich von Geh- und Radwegen; Untertitel: Hinweise für alle mit Baustellenabsicherung befassten Personen“ und eine 43 Seiten lange „Empfehlung zur barrierefreien Sicherung von Baustellen der Stadt Freiburg“ aus dem Jahr 2017, so dass wir auf diese Entwicklung zurückgreifen können.

Grundsätzlich wäre die Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei Baustellensicherungen wie die Barrierefreiheit im Straßenbereich des gesamten Stadtgebietes wünschenswert.

In der Praxis kommt man aber bei Baustellen im Straßenbau durch ständig wechselnde Baufelder an seine Grenzen. Wenn z.B. eine Straße auf 150 m Länge 70 cm tief ausgekoffert wird oder Leitungsverlegungen durchgeführt werden, bekomme ich im Baustellenbereich keine sehbehinderten Menschen oder Rollstuhlfahrende von einer Straßenseite auf die andere. Das funktioniert nur außerhalb des Baufeldes.

Bei großen Straßenbaustellen muss der Fußgängerverkehr auf Notgehwegen außen entlang geführt und die Ampeln der provisorischen Überwege müssen mit einem Signal ausgestattet werden. Bei taktilen Hilfestellungen wird es schwierig. Höhendifferenzen werden, soweit möglich, mit Stahlplatten ausgeglichen, offene Oberflächen im Bereich der Notgehwegen provisorisch befestigt und sämtliche Mitarbeiter der Bauunternehmen sind aufgefordert, ggf. persönliche Hilfestellung zu leisten.

Von den Baufirmen wird leider nicht immer umgehend alles so umgesetzt wie es die Verwaltung fordert und zur lückenlosen Überwachung fehlt uns das Personal. Die Hilfsbereitschaft der Arbeitenden vor Ort ist Typ bedingt - wie überall wo's menschelt - unterschiedlich gut. Mein Vorschlag bzw. Aufruf daher: Fallen Unzulänglichkeiten auf, bitte an die Abteilung 4/1 wenden, wir versuchen die Problemfälle zeitnah zu lösen.“

Auf Nachfrage von Herrn Klein, ob aufgrund der Ausführungen der Verwaltung der Antrag aufrechterhalten werden soll, führt Herr R. Schneider aus, aufgrund der guten Ausführungen ziehe er den Antrag zurück und werde zunächst die Diskussion in der Fraktion suchen.

⇒ *Der Bauausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag der UWG- Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen, unter Beteiligung der relevanten Partner ein Konzept zur barrierefreien Sicherung von Baustellen innerhalb der Universitätsstadt Siegen zu entwickeln und dem Ausschuss vorzustellen, zurückgezogen wird.*

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

17. BA 24.08.2022

3.2 Barrierefreie Gestaltung von Papier- Glascontainer - Antrag der UWG- Fraktion

Vorlage Nr. AT 205/2022

Aus dem Antrag sei nicht klar erkennbar gewesen, ob die Probleme durch die Container oder den Zugang verursacht würden, so Herr Diehl. Auch sei der Antrag sehr pauschal gehalten, da es viele Containerstandorte gebe, die keine Einschränkung für geh- oder sehbehinderte Personen verursachten. Er bitte daher um Konkretisierung der Fälle, um diesen nachgehen zu können.

Die Containerstandorte seien Mitte der neunziger Jahre im Rahmen der Einrichtung des Dualen Systems auch mit Mitteln der Dualen Systeme eingerichtet worden. Diese Mittel ständen voraussichtlich jetzt nicht mehr zur Verfügung, da diese Systeme um ihre Existenz kämpfen. Vor diesem Hintergrund müsse geklärt werden, ob die barrierefreie Gestaltung über die Wertstoffentsorgung oder den Tiefbaubereich erfolgen solle. Die Container selbst sollten von Rollstuhlfahrern erreicht werden können. Er sei somit nicht sicher, was gewünscht sei.

Zum einen gehe es um die Zuwegung zu den Containern, zum anderen darum, dass Personen, die im Rollstuhl sitzen, die Möglichkeit haben ihren Abfall entsorgen können. Er schlage vor, den Antrag zur weiteren Beratung in den AK Abfall zu überweisen, so Herr Schneider.

Herr Boller stimmt dem Vorschlag des Verweis in den AK Abfall zu. Zur Barrierefreiheit von Baustellen habe Frau Schreiber Broschüren erwähnt. Er bitte den entsprechenden Link zur Verfügung zu stellen.

Auch er habe den Verweis an den Arbeitskreis vorschlagen wollen, so dass die SPD zustimme, so Herr Christian.

Herr J. Schulz regt an, den Inklusionsbeirat mit einzubeziehen.

⇒ *Der Bauausschuss verweist den Antrag der UWG- Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen, Papier- und Glascontainer behindertengerecht zu gestalten, sodass ein barrierefreier Zugang möglich ist in den AK Abfall. Die Verwaltung wird gebeten, zu diesem Tagesordnungspunkt den Inklusionsbeirat bei der Beratung im Arbeitskreis hinzuzuziehen.*

Beratungsergebnis: Verweis in ein anderes Gremium.

17. BA 24.08.2022

4. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

17. BA 24.08.2022

5. Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Siegen; hier: Ergebnisse der öffentlichen Auslegung und Erlass

Vorlage Nr. VL 1004/2022

Bei großen Wohnungen seien die Regelungen bezüglich der Fahrradstellplätze nicht zielgerichtet, so Herr Boller. Die vorgeschlagenen 1,5 Stellplätze pro Wohnung unabhängig von der Größe der Wohnung seien nicht ausreichend.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen schlage vor, die Zahl der Fahrradstellplätze an die Größe der Wohnung zu koppeln. Er beantrage daher, bei Wohnungen mit mehr als 50 m² Wohnfläche die Zahl der erforderlichen Fahrradstellplätze je 30 m² zusätzlichem Wohnraum um 1 zu erhöhen.

Herrn Hellwig interessiert, ob eine Grundsanierung eine Stellplatzablösung auslöse.

Der Antrag sei nachvollziehbar, so Herr Schumann. Er gebe aber zu bedenken, dass man mit 1,5 Stellplätzen bereits viel erreicht habe. Man komme von Null und eine Reduzierung von Fahrradstellplätzen sei nicht vorgesehen. Die Satzung stelle bereits im Vergleich zu anderen Kommunen eine deutliche Verbesserung dar. In der Regel seien die Wohnungen in den Mehrfamilienhäusern klein, zusätzliche Stellflächen verbrauchten mehr Platz und kosteten mehr Geld. Auch habe man dann keinen einheitlichen Schlüssel mehr, was erhebliche Verwaltungsarbeit verursache.

Die Frage von Herrn Hellwig lasse sich pauschal nicht beantworten. Zunächst stelle sich die Frage, was bisher nachgewiesen sei. Dann komme es darauf an, ob es sich baurechtlich um eine Nutzungsänderung handle und ob diese wesentlich sei, die dann einen neuen Stellplatznachweis nach sich ziehe. Es sei dann auch ggf. eine Verringerung der Stellplatzanzahl möglich.

Die Verwaltung halte die Satzung für einen guten Kompromiss, auch da Spielräume für individuelle Konzepte möglich seien, so Herr Schumann. Bei Fahrrädern lasse dies die Satzung nicht zu, auch seien Abstellflächen wie Keller oder Nebenräume nicht für Fahrräder zulässig, da dies wieder die Mieter belaste. Die Fahrradstellflächen sollen neu geschaffen werden. Man bewege sich in einem Spannungsfeld, da die Satzung seitens der IHK als eine Zumutung angesehen werde, der Fraktion Die Grünen die Satzung aber nicht weit genug gehe.

Das Konzept stelle eine Abwägung verschiedener Interessen dar, so Herr Christian. Dies sei der Verwaltung gut gelungen. Es handele sich um einen ersten Schritt. Das Konzept sei auch nicht dauerhaft festgeschrieben, stelle man in den nächsten Jahren fest, dass sich die Verkehrssituation in der Innenstadt nicht gebessert habe, könne man immer noch nachbessern. Im Moment solle man dem Konzept zustimmen.

Bei dem Antrag seiner Fraktion bleibe es bei Wohnungen bis 50 m² unverändert, es gehe um größere Wohnungen mit mehr Bewohnern, Familien oder WGs. Von Extremen habe man Abstand genommen, aber es gehe um die Infrastruktur. Diese werde da benötigt, wo die Menschen wohnen. Fahrräder müssten schnell zugänglich und einsatzbereit sein. Ein Fahrrad pro Person sei bereits zurückhaltend, es gebe auch Personen, die über mehr Räder verfügten und deren Notwendigkeit auch begründen könnten, so Herr Boller.

Auf Nachfrage von Herrn Boller informiert Herr Schumann, dass höchststrichterlich abgeurteilt sei, was unter einer „wesentlichen Änderung“ zu verstehen sei.

Er könne zwar nachvollziehen, dass mehr Stellflächen für Fahrräder gefordert würden, da er selbst um Stellflächen im Haus kämpfe. Es sei ein Unterschied, ob man für Vorgaben für die Verwaltung spreche oder einem Markt, der dies fordere, so Herr Schwarzer. Bauherren versuchten dann solche Auflagen zu umgehen oder würden erst gar nicht investieren. Einen Bedarf zu decken, liege im Interesse des Investors. Man könne nicht etwas verlangen, was die Investitionsbereitschaft reduziere. Wohnungen würden benötigt. Die Verwaltung habe den zu tätigen Spagat mit Bravour gemeistert. Aus den genannten Gründen schließe er sich der Verwaltungsvorlage an.

Man müsse nicht alles in Buchstaben meißen. Aus seiner Erfahrung könne er sagen, wenn man ein Problem gehabt habe, habe man mit der Verwaltung immer konstruktiv zusammengearbeitet und habe eine Lösung gefunden, so Herr Heupel. Man könne auch alles überregulieren. In einem Dialog finde man in der Regel eine Lösung.

Herr Klein stellt zunächst den Antrag von Herrn Boller und anschließend die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Bei Wohnungen mit mehr als 50 qm Wohnfläche wird die Zahl der erforderlichen Fahrradstellplätze je 30 qm zusätzlichen Wohnraum um 1 erhöht.

Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür (Grüne/ Volt/ Linke), 10 dagegen, 2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Ergebnisse der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis und beschließt den Erlass der Stallplatzsatzung für das Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen auf Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfes einschließlich der beigefügten Anlagen und ergänzenden Erläuterungen.

Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür, 2 dagegen, 4 Enthaltung(en)

17. BA 24.08.2022

6. Beschluss der Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts (IHaKo) für die Siegener Innenstadt

Vorlage Nr. VL 999/2022

Herr J. Schulz lobt die Ausarbeitung des Konzepts, aber die Ratsbeschlüsse zum Klimaschutz würden nicht richtig abgebildet. Was die Verkehrsanordnung angehe, werde einiges im Konzept nicht erwähnt, es gebe Anmerkungen zu Parkhäusern im Bereich Hufeisenbrücke oder Tiergartenstraße. Das Konzept sollte auf vorliegende Ratsbeschlüsse überprüft und entsprechend nachgearbeitet werden.

In dem Konzept stecke viel Arbeit, aber es gebe auch Diskussionsbedarf, so Herr Boller. Das Konzept enthalte die Maßnahme des Neubaus der Bluebox. Seines Wissens solle die Bluebox energetisch saniert werden. Lt. Konzept solle die Realschule Am Oberen Schloss energetisch saniert werden, es gebe den Ratsbeschluss, die Schule zu schließen. Das Parkhaus Tiergarten sei diskutiert, aber nicht beschlossen worden. Die Parkhäuser hinter dem Bahnhof und in der Schlachthausstraße seien ihm unbekannt.

Zur Anmerkung des problematischen Park- Such- Verkehrs in der Friedrichstraße und der Notwendigkeit eines Parkraumbewirtschaftungskonzepts weist er darauf hin, dass beschlossen worden sei, die unbewirtschafteten Parkplätze im Bereich Friedrichstraße zu entfernen. Der Verkehrsausschuss habe beschlossen, in der Straße An der Alche eine Fahrradstraße einzurichten. Dies sei nicht im Konzept enthalten. Das Thema Schwammstadt komme gar nicht vor, so könne z. B. das Niederschlagswasser der Bluebox und des Nettomarktes auf den Bertramsplatz geleitet werden. Dies erfolge nicht, weil die Abwassersatzung dies nicht zulasse. Diese könne man aber durch einen Beschluss des Rates ändern.

Zum Thema Klimaschutz seien die Beschlüsse nach 2018 nicht mehr berücksichtigt. Daraus ergeben sich falsche Ziele. Er bitte, die Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten zu beseitigen.

Das Integrierte Handlungskonzept sei in erster Linie ein Instrument, um sich die verschiedenen Querschnittsaufgaben anzusehen, die verschiedenen Fachabteilungen und Fachthemen zu bündeln und zusammenzutragen was über einen langen Zeitraum laufe, so dass kurzfristige Beschlüsse darin nicht auftauchen können. In der zweiten Lesart diene es dazu, Themen aufzuzeigen, die aus Sicht der Stadtentwicklung im Vordergrund stehen und die man fortfolgend über Städtebaufördermittel fördern lassen wolle. Dafür werde das IHaKo benötigt. Der Maßnahmenfokus sei auf Stadtentwicklungsthemen gesetzt, die man im Nachgang finanziell

koordinieren wolle. Maßnahmen aus der Verkehrs- oder Klimadiskussion seien daher ggf. nicht eins zu eins eingeflossen. Die einzelnen angesprochenen Punkte werde sie mit den Fachabteilungen noch einmal ansprechen. Es handle sich um eine Querschnittsaufgabe, man sei die bündelnde Stelle und die, die dies letztlich in die Antragstellung subsumiere, so Frau Krippendorf. Zur Bluebox führt sie aus, das Konzept enthalte auch eine komplexe Maßnahmenliste, die auch bereits in früheren Konzepten enthalten gewesen sei und fortgeschrieben werde. Diese Maßnahmen, die der „Vorratshaltung“ dienen bieten der Verwaltung die Möglichkeit einer Rückfalloption. Was letztlich umgesetzt werde, richte sich nach fortfolgenden Beschlüssen.

Herr Schumann ergänzt zu der Maßnahmenliste, dort würden allein strategisch Maßnahmen aufgenommen, da nicht auszuschließen sei, dass in den Laufzeiten des Konzeptes noch einmal darauf zurückgegriffen werde. Es sei zielführender, bereits langfristig solche Maßnahmen einzuplanen, als durch einen Ratsbeschluss eine Konzeptänderung zu versuchen und der Fokus darauf zu legen, dass es sich um etwas Neues handle.

Es handle sich um die erste Beratung, so Herr Klein. Er regt an, dass die Verwaltung in einer der nächsten Beratungen die offenen Punkte aufkläre.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts Siegen-Innenstadt als informelles Planungsinstrument zur Festlegung von Leitlinien für eine nachhaltige und klimaangepasste Entwicklung und als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 0 dagegen, 4 Enthaltungen (Linke/Grüne/ FDP)

17. BA 24.08.2022

gez. Klein
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt
Schriftführerin